Tagesordnung der 20. Sitzung des Kreisausschusses

Dienstag, 07.11.2017, 18:00 Uhr

im Kleinen Sitzungssaal im Kreishaus Heinsberg

Öffentlicher Teil

1. Ausschussergänzungswahl
2. Prüfung des Jahresabschlusses des Kreises Heinsberg zum 31.12.2016
3. Verwendung des Jahresüberschusses 2016
4. Beratung über den Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen über die überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Kreises Heinsberg im Zeitraum September 2015 bis Dezember 2016
5. Beitritt des Kreises Heinsberg zur Anstalt des öffentlichen Rechts "d-NRW AöR"
6. Virtuelles Museum der verlorenen Heimat Erkelenz
7. Durchführung des Landesprogramms "KulturRucksack NRW" im Jahr 2018
8. Zuschuss für die Mittagsverpflegung an den Förderverein der Janusz-Korczak-Schule des Kreises Heinsberg, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt "Emotionale und soziale Entwicklung"
9. Präsentation von Dokumentarfilmen an besonderen Orten - "Docfest on Tour"
10. Beteiligung am Regionalen Kinder- und Jugendkulturprojekt 2020
11. Errichtung eines Bildungsgangs "Zweijährige Berufsfachschule berufliche Kenntnisse und Fachhochschulreife" am Berufskolleg Ernährung, Sozialwesen, Technik des Kreises Heinsberg in Geilenkirchen
12. Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 15.08.2017 nach § 5 GeschäftsO: Öffentlichkeitskampagne durch die WestVerkehr GmbH in alle Schulen der Sekundarstufe I und II im Kreis HS sowie in den kreiseigenen Schulen für das AVV-Funticket
13. Antrag gemäß § 5 Geschäftsordnung der FDP-Fraktion zur digitalen Ausstattung und Nutzung der Schulen in der Trägerschaft des Kreises Heinsberg
14. Bericht der Verwaltung
15. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

16. Genehmigung einer Dienstreise
17. Abschluss eines Vertrages zum Betrieb eines Lasermesssystems zur stationären Geschwindigkeitsüberwachung
18. Vorschläge für die Vergabe von Tages- und eingestreuten Kurzzeitpflegeplätzen
19. Erwerb von landwirtschaftlichem Grundbesitz in der Gemarkung Brachelen für naturschutzfachliche Zwecke
20. Bericht der Verwaltung
21. Anfragen

Sitzung des Kreisausschusses am 07.11.2017

Übersicht über die Abstimmungsergebnisse der vorberatenden Fachausschüsse

Öffentlicher Teil

- TOP 2: Prüfung des Jahresabschlusses des Kreises Heinsberg zum 31.12.2016**
Abstimmungsergebnis im Rechnungsprüfungsausschuss: einstimmig beschlossen
- TOP 4: Beratung über den Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen über die überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Kreises Heinsberg im Zeitraum September 2015 bis Dezember 2016**
Abstimmungsergebnis im Rechnungsprüfungsausschuss: einstimmig beschlossen
- TOP 6: Virtuelles Museum der verlorenen Heimat Erkelenz**
Abstimmungsergebnis im Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus: einstimmig beschlossen
- TOP 7: Durchführung des Landesprogramms „KulturRucksack NRW“ im Jahr 2018**
Abstimmungsergebnis im Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus: einstimmig beschlossen
- TOP 8: Zuschuss für die Mittagsverpflegung an den Förderverein der Janusz-Korzak-Schule des Kreises Heinsberg, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“**
Abstimmungsergebnis im Schulausschuss: einstimmig beschlossen
- TOP 9: Präsentation von Dokumentarfilmen an besonderen Orten – „Docfest on Tour“**
Abstimmungsergebnis im Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus: einstimmig beschlossen
- TOP 10: Beteiligung am Regionalen Kinder- und Jugendkulturprojekt 2020**
Abstimmungsergebnis im Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus: einstimmig beschlossen
- TOP 11: Errichtung eines Bildungsgangs „Zweijährige Berufsfachschule berufliche Kenntnisse und Fachhochschulreife“ am Berufskolleg Ernährung, Sozialwesen, Technik des Kreises Heinsberg in Geilenkirchen**
Abstimmungsergebnis im Schulausschuss: einstimmig beschlossen
- TOP 12: Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.08.2017 nach § 5 GeschäftsO: Öffentlichkeitskampagne durch die WestVerkehr HmbH in alle Schulen der Sekundarstufe I und II im Kreis HS sowie in den kreiseigenen Schulen für das AVV-Funticket**
Abstimmungsergebnis im Ausschuss für Umwelt und Verkehr: einstimmig beschlossen

TOP 13: Antrag gemäß § 5 Geschäftsordnung der FDP-Fraktion zur digitalen Ausstattung und Nutzung der Schulen in der Trägerschaft des Kreises Heinsberg

Abstimmungsergebnis im Schulausschuss:

einstimmig beschlossen

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0274/2017

Ausschussergänzungswahl

Beratungsfolge:

07.11.2017	Kreisausschuss
------------	----------------

16.11.2017	Kreistag
------------	----------

Finanzielle Auswirkungen:	nein
----------------------------------	------

Leitbildrelevanz:	nein
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Nach § 35 Abs. 3 Satz 7 Kreisordnung NRW wählen die Kreistagsmitglieder im Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines Ausschussmitglieds auf Vorschlag der Fraktion, welcher das ausgeschiedene Mitglied bei seiner Wahl angehörte, einen Nachfolger.

Die Fraktion Die Linke hat mitgeteilt, dass der sachkundige Bürger, Dominik Goertz, als stv. Mitglied aus dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales ausscheidet. Als neues stv. Mitglied für den Ausschuss für Gesundheit und Soziales schlägt die Fraktion Die Linke die sachkundige Bürgerin Jenny Marx vor.

Beschlussvorschlag:

Der vorgeschlagenen Ausschussbesetzung wird zugestimmt.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0254/2017/1

Prüfung des Jahresabschlusses des Kreises Heinsberg zum 31.12.2016**Beratungsfolge:**

18.10.2017	Rechnungsprüfungsausschuss
07.11.2017	Kreisausschuss
16.11.2017	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:

Ja

Leitbildrelevanz:

nein

Inklusionsrelevanz:

nein

Gemäß § 53 Abs. 1 der Kreisordnung NRW (KrO NRW) i.V.m. § 95 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) hat der Kreis zum Schluss jedes Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Haushaltsjahres nachzuweisen ist. Der Jahresabschluss muss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises vermitteln. Dabei ist er zu erläutern.

Den mit Datum vom 12.09.2017 vom Kreiskämmerer aufgestellten und vom Landrat bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses hat der Kreistag am 28.09.2017 zur Kenntnis genommen und diesen dem Rechnungsprüfungsausschuss zur weiteren Prüfung zugeleitet.

Nach § 53 Abs. 1 KrO i.V.m. § 101 Abs. 1 GO NRW prüft der Rechnungsprüfungsausschuss den Jahresabschluss und bedient sich hierzu nach § 101 Abs. 8 GO NRW der örtlichen Rechnungsprüfung. § 103 Abs. 5 GO NRW eröffnet die Möglichkeit, dass sich die örtliche Rechnungsprüfung mit Zustimmung des Rechnungsprüfungsausschusses Dritter als Prüfer bedienen kann. Mit Beschluss vom 24.10.2016 hat der Rechnungsprüfungsausschuss auf Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes der Beauftragung der HS-Regio Wirtschaftsprüfung GmbH, Heinsberg, zur Prüfung des Jahresabschlusses 2016 zugestimmt.

Der Jahresabschluss war dahingehend zu prüfen, ob er unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage vermittelt. Die HS-Regio Wirtschaftsprüfung GmbH hat mit diesen Maßgaben in Zusammenarbeit mit dem Rechnungsprüfungsamt die Prüfung des Jahresabschlusses durchgeführt und über die Prüfung einen Bericht erstellt. Dieser Bericht schließt mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Die Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde durch weitergehende Prüfungen bezogen auf die laufende Überwachung der Haushaltsbewirtschaftung, des Vergabewesens und die Prüfung der Gebührenhaushalte durch das Rechnungsprüfungsamt ergänzt.

Das Rechnungsprüfungsamt schließt sich dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der HS-Regio Wirtschaftsprüfung GmbH an.

Beschlussvorschlag:

- 1.) Der Kreistag des Kreises Heinsberg stellt gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 96 Abs. 1 GO NRW den geprüften Jahresabschluss des Kreises Heinsberg zum 31.12.2016 mit der Bilanzsumme von 366.075.613 € fest.
- 2.) Die Kreistagsmitglieder erteilen gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. 96 Abs. 1 GO NRW dem Landrat für den Jahresabschluss des Kreises zum 31.12.2016 vorbehaltlos Entlastung.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0272/2017

Verwendung des Jahresüberschusses 2016

Beratungsfolge:	
07.11.2017	Kreisausschuss
16.11.2017	Kreistag
Finanzielle Auswirkungen:	Erhöhung der Ausgleichsrücklage um ca. 1,8 Mio. €
Leitbildrelevanz:	4.1
Inklusionsrelevanz:	nein

Gemäß § 53 Abs. 1 Kreisordnung (KrO NRW) in Verbindung mit § 96 Gemeindeordnung (GO NRW) ist mit der Feststellung des geprüften Jahresabschlusses durch einen Kreistagsbeschluss zugleich über die Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrages zu beschließen.

Das Haushaltsjahr 2016 weist in der Ergebnisrechnung einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.815.118,21 € aus. In der Haushaltsplanung 2016 wurde ein Jahresfehlbedarf in Höhe von 2.989.947,00 € ausgewiesen, so dass sich eine Verbesserung in Höhe von 4.805.065,21 € ergibt. Somit ist der Haushalt im Ergebnis strukturell ausgeglichen. Gemäß § 56a Satz 2 KrO NRW können Jahresüberschüsse der Ausgleichsrücklage durch Beschluss des Kreistages zugeführt werden, soweit ihr Bestand nicht den Höchstbetrag von einem Drittel des Eigenkapitals erreicht hat. Es gilt folgende Berechnung:

Eigenkapital zum 31.12.2016	60.091.582,32 €
davon: Allgemeine Rücklage	44.224.281,41 €
davon: Ausgleichsrücklage	14.052.182,70 €
davon: Jahresüberschuss	1.815.118,21 €
1/3 des Eigenkapitals =	20.030.527,44 €
Höchstbetrag der Ausgleichsrücklage	
Differenz bis zum Höchstbetrag der Ausgleichsrücklage = mögliche Zuführung zur Ausgleichsrücklage	5.978.344,74 €
Jahresüberschuss 2016	1.815.118,21 €
davon: Zuführung zur Ausgleichsrücklage	1.815.118,21 €
davon: Zuführung zur Allgemeinen Rücklage	- €
neue Ausgleichsrücklage zum 01.01.2017	15.867.300,91 €
neue Allgemeine Rücklage zum 01.01.2017	44.224.281,41 €
Eigenkapital zum 01.01.2017	60.091.582,32 €

Beschlussvorschlag:

Der Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 1.815.118,21 € wird der Ausgleichsrücklage zugeführt.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0257/2017/1

Beratung über den Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen über die überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Kreises Heinsberg im Zeitraum September 2015 bis Dezember 2016

Beratungsfolge:	
18.10.2017	Rechnungsprüfungsausschuss
07.11.2017	Kreisausschuss
16.11.2017	Kreistag
Finanzielle Auswirkungen:	
	-
Leitbildrelevanz:	
	-
Inklusionsrelevanz:	
	nein

Die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA NRW) führte nach 2006 und 2011 in der Zeit von September 2015 bis Dezember 2016 zum dritten Mal eine überörtliche Prüfung des Kreises Heinsberg durch.

Die Prüfung der GPA NRW stützt sich auf § 53 Abs. 2 der Kreisordnung Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in Verbindung mit § 105 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW).

Die überörtliche Prüfung aller Kreise bzw. der Städteregion Aachen beinhaltete das Prüfgebiet Finanzen, einen Vergleich des Einsatzes der Finanzressourcen sowie eine aufgabenbezogene Personalanalyse. Somit erstreckte sich die Prüfung auf alle Bereiche der Kreisverwaltung. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit hat die GPA NRW 130 einheitlich definierte Aufgabenblöcke gebildet.

Das Ergebnis der überörtlichen Prüfung hat die GPA NRW mit Bericht in elektronischer Form mitgeteilt. Der Prüfungsbericht besteht aus einem Vorbericht und Teilberichten.

Der Vorbericht informiert über wesentliche Ergebnisse der Prüfung für den Kreis Heinsberg. Zudem enthält er Informationen über die strukturellen Rahmenbedingungen des Kreises, zum Prüfungsablauf sowie zur Prüfungsmethodik. Dieser Vorbericht ist den Erläuterungen zur Sitzung beigelegt gewesen.

Die Teilberichte beinhalten ausführliche Ergebnisse des Prüfungsgebietes Finanzen und der aufgabenbezogenen Personalanalyse.

Die Ergebnisse der Prüfung der Informationstechnik liegen noch nicht vor und werden seitens der GPA NRW zu einem späteren Zeitpunkt in einem gesonderten Bericht übersandt.

Der Prüfbericht besteht aus 618 Seiten, dabei umfasst alleine die Personalanalyse 527 Seiten,

und ist mit dem Umfang des Jahresabschlusses vergleichbar. Entsprechend der dortigen Verfahrensweise wird aus wirtschaftlichen Gründen auf die Erstellung einer Vielzahl von Exemplaren des Berichts und eine Versendung mit den Erläuterungen verzichtet. Alle Ausschussmitglieder und Kreistagsabgeordneten haben die Möglichkeit, die vollständigen Unterlagen beim Amt für Finanzwirtschaft und Beteiligungen einzusehen. Die GPA hat den Bericht auf ihrer Homepage „www.gpanrw.de“ unter „Prüfung“ und „Prüfberichte“ bzw. „http://gpanrw.de/de/pruefung/pruefberichte/5_53.html“ eingestellt. Zusätzlich wurden der Verwaltung Daten aus der aufgabenbezogenen Personalanalyse und dem finanzwirtschaftlichen Ressourcenvergleich in Excel-Tabellen zur Verfügung gestellt, die die Daten aller Kreise in NRW und der Städteregion Aachen enthalten. Allen Ausschussmitgliedern und Kreistagsabgeordneten wurde im Vorfeld der Sitzung bei Bedarf eine Übersendung dieser Dateianhänge angeboten; eine Veröffentlichung dieser Tabellen erfolgt nicht durch die GPA.

Der abschließende Prüfungsbericht wurde dem Landrat per Mail am 11.07.2017 von der GPA NRW zugesandt. Es liegen keine Beanstandungen im Sinne des § 105 Abs. 6 GO NRW vor, zu denen im weiteren Verfahren eine Stellungnahme gegenüber der GPA NRW und der Aufsichtsbehörde abzugeben ist.

Die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung wurden durch die GPA NRW im Rahmen eines Abschlusspräsentation am 27.09.2017 den Fraktionsvorsitzenden, der Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses sowie den Leitungen der Ämter und Stabsstellen vorgestellt.

Gemäß § 105 Abs. 5 GO NRW legt der Landrat den Prüfungsbericht der überörtlichen Prüfung dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Beratung vor.

Das Amt für Finanzwirtschaft und Beteiligungen hat die Teilberichte den Fachämtern zugeleitet und eine Stellungnahme zu Handlungsempfehlungen und Handlungsmöglichkeiten erbeten. Eine zusammengefasste Stellungnahme der Verwaltung ist der Einladung zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses beigelegt.

Weitere Erläuterungen zum Prüfungsbericht der GPA NRW sind als **Anlage 6** der Niederschrift zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses beigelegt.

Verschiedene Ausschussmitglieder haben Kritik an der Systematik der Prüfung und der Aussagekraft der Ergebnisse der GPA geübt. Insbesondere die Wertung bezüglich des Straßenvermögens kann nicht nachvollzogen werden. Dies u.a. vor dem Hintergrund, dass eine rein bilanzielle Betrachtung hinsichtlich der Restnutzungsdauer vorgenommen wurde und die Kreisstraßen durch die GPA nicht in Augenschein genommen wurden. Auch seitens der Verwaltung wird bestätigt, dass hier kein Investitionsstau bestehe.

Zu den einzelnen Aufgabenblöcken werden konkrete Handlungsempfehlungen vermisst. Des Weiteren wird die fehlende Differenzierung beim Grad der Aufgabenwahrnehmung bei den einzelnen Kreisen kritisiert.

Kämmerer Schmitz teilt mit, dass die GPA ihren Prüfauftrag insbesondere in einer Bestandsanalyse sehe und dieser mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt worden sei.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt zur Kenntnis, dass die Gemeindeprüfungsanstalt NRW die überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Kreises Heinsberg im Zeitraum September 2015 bis Dezember 2016 durchgeführt und der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 18.10.2017 den Prüfungsbericht beraten hat. Die wesentlichen Inhalte des Prüfungsberichtes sowie die Stellungnahme der Verwaltung werden vom Kreistag zur Kenntnis genommen.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0270/2017

Beitritt des Kreises Heinsberg zur Anstalt des öffentlichen Rechts "d-NRW AöR"**Beratungsfolge:**

07.11.2017	Kreisausschuss
16.11.2017	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:

einmalig 1.000 € (investiv)

Leitbildrelevanz:

2.4 und 3.6

Inklusionsrelevanz:

nein

Die d-NRW AöR hat – auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ (Errichtungsgesetz d-NRW AöR, siehe [Anlage](#)) am 01.01.2017 ihre Arbeit aufgenommen. Die Anstalt ist Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz GmbH Verwaltungsgesellschaft. Träger der neuen Anstalt sind das Land NRW (mit einem Stammkapitalanteil von 1,0 Mio. €) sowie auf freiwilliger Basis nordrhein-westfälische Kommunen (aktuell ca. 190 Städte, Gemeinden, Kreise und beide Landschaftsverbände), die der Anstalt beigetreten sind. Die Nachbarkreise sind bereits alle beigetreten (Kreis Viersen, Rhein-Kreis Neuss, Kreis Düren und die Städteregion Aachen), aus dem kreisangehörigen Bereich sind es die Städte Erkelenz und Übach-Palenberg.

Die Anstalt unterstützt Ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die Träger verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunalstaatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten.

Die Verwaltung befürwortet einen zeitnahen Beitritt des Kreises Heinsberg, damit gemäß § 17 Abs. 1 des Errichtungsgesetzes der Eintritt rückwirkend zum 01.01.2017 erfolgen kann. Gemäß § 4 Abs. 1 des Errichtungsgesetzes beträgt die Einlage zum Stammkapital 1.000 €. Im Falle eines Austrittes würde das eingebrachte Stammkapital unverzinslich zurück erstattet. Gegenüber diesem geringen Finanzierungsanteil bzw. Risiko überwiegen die Vorteile einer kostenlosen Bereitstellung von Softwareprogrammen und die angestrebte künftige Zusammenarbeit bei E-Government-Lösungen deutlich.

Das einzubringende Stammkapital in Höhe von 1.000 € kann aus dem Investitionsabrechnungsobjekt I-1501-004 (Beteiligungen unterhalb der Wertgrenze) bestritten werden. Der Beitritt zur d-NRW AöR unterliegt gem. § 115 GO der Anzeigepflicht bei der Kommunalaufsicht.

Beschlussvorschlag:

a) Der Kreis Heinsberg tritt der Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ rückwirkend zum 01.01.2017 bei. Sofern ein rückwirkender Beitritt nicht möglich sein sollte, erfolgt dieser zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

b) Die Interessenvertretung im Verwaltungsrat der Anstalt soll gemäß § 8 des Errichtungsgesetzes über die von den kommunalen Spitzenverbänden benannten Vertreter erfolgen.

2006

Geltende Gesetze und Verordnungen (SGV. NRW.) mit Stand vom 6.10.2017

Gesetz
über die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“
(Errichtungsgesetz d-NRW AöR)
Vom 25. Oktober 2016 (Fn 1)

Teil 1

§ 1
Errichtung, Rechtsform, Name

(1) Das Land Nordrhein-Westfalen errichtet zum 1. Januar 2017 eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit der Bezeichnung „d-NRW AöR“.

(2) Gemeinsame Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das für Inneres zuständige Ministerium, sowie die Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände des Landes Nordrhein-Westfalen, die der Anstalt beigetreten sind.

§ 2
Beitritt, Kündigung

(1) Die Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände des Landes Nordrhein-Westfalen können der Anstalt durch einseitige Erklärung, jeweils zum Beginn eines Kalenderjahres, beitreten. Die Erklärung muss der Anstalt bis zum 30. September des Vorjahres zugegangen sein.

(2) Die Trägerschaft kann durch Kündigung beendet werden. Die Kündigung erfolgt durch einseitige Erklärung, die zum Ende des auf den Zugang der Erklärung bei der Anstalt folgenden Jahres wirksam wird. Mit der Wirksamkeit der Kündigung endet die Anstaltsträgerschaft.

§ 3
Vermögensübergang, Rechtsnachfolge

Das Vermögen der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft geht mit Errichtung der Anstalt mit dem zu diesem Stichtag vorhandenen Vermögen, das heißt mit allen Gegenständen des Aktiv- und Passivvermögens sowie den Beschäftigungsverhältnissen, unter Auflösung ohne Abwicklung im Wege der Gesamtrechtsnachfolge zum Buchwert auf die Anstalt über. Die Anstalt tritt als Gesamtrechtsnachfolger in alle Rechte und Pflichten ein.

§ 4
Stammkapital, Anstaltslast

(1) Die Anstalt wird von den Trägern der Anstalt mit einem Stammkapital ausgestattet. Das Stammkapital des Landes Nordrhein-Westfalen beträgt eine Million Euro, das der beitretenden Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände des Landes Nordrhein-Westfalen je Träger 1 000 Euro.

(2) Die Träger unterstützen die Anstalt bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Anstalt gegen die Träger oder eine sonstige Verpflichtung der Träger, der Anstalt Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht.

(3) Das eingebrachte Stammkapital wird im Falle der Kündigung unverzinslich zurückgezahlt.

§ 5
Satzung

Die Anstalt regelt ihre inneren Angelegenheiten durch Satzung.

§ 6

Aufgaben

- (1) Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informationstechnische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt sie insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten.
- (2) Die Anstalt unterstützt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach §21 des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen vom 8. Juli 2016 (**GV. NRW. S. 551**).
- (3) Die Anstalt erbringt ihre Leistungen gegenüber ihren Trägern und anderen öffentlichen Stellen auf Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages nach den §§ 54 bis 62 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juni 1999 (**GV. NRW. S. 386**) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 7

Organe

Organe der Anstalt sind der Verwaltungsrat und die Geschäftsführung.

§ 8

Verwaltungsrat

- (1) Der Verwaltungsrat besteht aus 13 Mitgliedern.
- (2) Die Vertretung der kommunalen Träger der Anstalt erfolgt durch jeweils zwei benannte Vertreter des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen, des Städtetages Nordrhein-Westfalen und des Landkreistages Nordrhein-Westfalen.
- (3) Die übrigen Mitglieder werden vom Land Nordrhein-Westfalen benannt. Unter den vom Land Nordrhein-Westfalen benannten Mitgliedern soll mindestens jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter des für Inneres zuständigen Ministeriums und des Finanzministeriums sowie die oder der Beauftragte der Landesregierung für Informationstechnik vertreten sein.
- (4) Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden für die Dauer von fünf Jahren durch die Landesregierung bestellt. Für jedes Mitglied des Verwaltungsrates ist für den Fall der Verhinderung ein stellvertretendes Mitglied zu benennen und zu bestellen.
- (5) Eine vorzeitige Abberufung ist auf Vorschlag desjenigen, der das Mitglied benannt hat, zulässig. In diesem Fall ist für den Rest der Amtszeit ein neues Mitglied zu benennen und zu bestellen.
- (6) Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden sowie deren oder dessen Stellvertretung.
- (7) Der Verwaltungsrat entscheidet mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Die Satzung kann für einzelne Entscheidungen andere Mehrheiten vorsehen.
- (8) Der Verwaltungsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (9) Beamtinnen und Beamte der Träger nehmen ihre Aufgaben im Verwaltungsrat im Rahmen ihres Hauptamtes wahr.
- (10) Die Geschäftsführung nimmt an den Sitzungen des Verwaltungsrates beratend teil.

§ 9

Aufgaben des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat entscheidet über die grundsätzlichen Angelegenheiten der Anstalt, insbesondere über:

1. den Erlass von Satzungen und Geschäftsordnungen für die Anstalt und ihre Änderungen,
2. den Sitz der Anstalt,
3. die Feststellung des Wirtschaftsplanes und seine Änderungen,
4. die Bestellung der Jahresabschlussprüferin oder des Jahresabschlussprüfers,
5. die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und die Genehmigung des Lageberichts,
6. die Ergebnisverwendung,
7. die Entlastung der Geschäftsführung,
8. die Auswahl, Einstellung, Verlängerung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses der Geschäftsführung,
9. allgemeine Vereinbarungen und Maßnahmen zur Regelung der arbeits-, dienst- und versorgungsrechtlichen Verhältnisse der Beschäftigten und
10. Grundsatzfragen der Personalverwaltung.

(2) Der Verwaltungsrat ist Vorgesetzter der Geschäftsführung. Er überwacht die Geschäftsführung sowie die Durchführung seiner Entscheidungen. Er kann sich jederzeit über alle Angelegenheiten der Anstalt unterrichten lassen.

(3) Die oder der Vorsitzende des Verwaltungsrates vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich gegenüber der Geschäftsführung.

§ 10 Geschäftsführung

(1) Die Geschäftsführung besteht aus der oder dem Vorsitzenden der Geschäftsführung und einer allgemeinen Vertreterin oder einem allgemeinen Vertreter. Sie wird vom Verwaltungsrat für die Dauer von höchstens fünf Jahren bestellt. Eine erneute Bestellung ist zulässig.

(2) Die Geschäftsführung führt die Geschäfte der Anstalt eigenverantwortlich nach wirtschaftlichen Grundsätzen mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns im Rahmen der Gesetze, der Satzung und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung. Die oder der Vorsitzende der Geschäftsführung vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

(3) Die Geschäftsführung hat den Verwaltungsrat über alle wichtigen Vorgänge rechtzeitig zu unterrichten und auf Aufforderung dem Verwaltungsrat über alle Angelegenheiten der Anstalt Auskunft zu geben. Sie bereitet die Beschlüsse des Verwaltungsrates vor und führt diese aus.

(4) Die oder der Vorsitzende der Geschäftsführung ist Vorgesetzte oder Vorgesetzter der Beschäftigten der Anstalt. Sie oder er entscheidet über die Einstellung und Kündigung sowie über weitere arbeitsrechtliche Maßnahmen gegenüber den Beschäftigten und übt das Direktionsrecht aus.

§ 11 Wirtschaftsführung, Risikovorsorge, Rücklagenbildung

(1) Wirtschaftsführung, Rechnungswesen, die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Anstalt richten sich nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Mai 2016 (BGBl. I S. 1142) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Die Anstalt erhebt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

(3) Die Anstalt soll geeignete Vorkehrungen zur Risikovorsorge zur Gewährleistung der nachhaltigen Erfüllung ihrer Aufgaben treffen. Sie soll in angemessenem Umfang Rücklagen bilden.

§ 12

Wirtschaftsjahr, Jahresabschluss, Prüfung

(1) Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Die Anstalt stellt vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan auf. Dieser besteht aus dem Erfolgsplan und dem Vermögensplan. Der Erfolgsplan muss alle voraussehbaren Erträge und Aufwendungen des Wirtschaftsjahres enthalten. Der Vermögensplan muss mindestens alle voraussehbaren Einzahlungen und Auszahlungen des Wirtschaftsjahres, die sich aus Investitionen und aus der Kreditwirtschaft der Anstalt ergeben, enthalten. Die Geschäftsführung hat den Verwaltungsrat vierteljährlich über die Abwicklung des Vermögens- und des Erfolgsplans schriftlich zu unterrichten.

(3) Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss und einen Lagebericht innerhalb von drei Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres aufzustellen und dem Verwaltungsrat nach Durchführung der Abschlussprüfung zur Feststellung vorzulegen. Im Lagebericht ist auch auf Sachverhalte einzugehen, die Gegenstand der Berichterstattung im Rahmen der Prüfung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273) in der jeweils geltenden Fassung sein können. Im Anhang zum Jahresabschluss werden die individualisierten Angaben gemäß § 65a Absatz 1 und 3 der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. April 1999 (**GV. NRW. S. 158**) in der jeweils geltenden Fassung ausgewiesen.

(4) Der Jahresabschluss, die Ergebnisverwendung sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sind öffentlich bekannt zu machen.

(5) Die Prüfungsrechte des Landesrechnungshofs bleiben nach Maßgabe der Regelungen dieses Gesetzes unberührt.

§ 13

Public Corporate Governance Kodex

Der Public Corporate Governance Kodex des Landes Nordrhein-Westfalen ist in seiner jeweils aktuellen Fassung zu beachten. Die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat haben jährlich zu erklären, dass den Empfehlungen des Kodex entsprochen wurde und wird. Wenn von den Empfehlungen abgewichen wird, ist dies nachvollziehbar zu begründen. Die Erklärung ist als Teil des Corporate Governance Berichts zu veröffentlichen.

§ 14

Aufsicht

Die allgemeine Aufsicht über die Anstalt führt das für Inneres zuständige Ministerium.

§ 15

Veröffentlichungen

Die Satzungen und alle sonstigen Bekanntmachungen der Anstalt sind im Ministerialblatt des Landes Nordrhein-Westfalen zu veröffentlichen.

Teil 2

Überleitungs- und Übergangsvorschriften

§ 16

Überleitung der Beschäftigungsverhältnisse

(1) Mit Errichtung der Anstalt gehen die Beschäftigungsverhältnisse der bei der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und bei der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätigen Beschäftigten mit allen Rechten und Pflichten auf die Anstalt über. Für sie gelten zur Wahrung des Besitzstandes die bisher maßgebenden vertraglichen Vereinbarungen.

(2) Betriebsbedingte Kündigungen durch die Anstalt im Zusammenhang mit der Überleitung der Beschäftigungsverhältnisse sind für eine Dauer von fünf Jahren unzulässig.

(3) Für die von Absatz 1 erfassten Beschäftigten werden die Zeiten einer Beschäftigung bei der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und bei der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft so angerechnet, als wenn sie bei der Anstalt geleistet worden wären.

(4) Zur Sicherung der Ansprüche auf eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Beschäftigten, deren Beschäftigungsverhältnis nach Absatz 1 übergegangen ist, stellt die Anstalt sicher, dass die von der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder geforderten tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, beziehungsweise erhalten bleiben.

§ 17

Beitritt im Errichtungsjahr

(1) Abweichend von § 2 Absatz 1 ist im Jahr 2017 der rückwirkende Beitritt zum 1. Januar 2017 möglich.

(2) Beitrittserklärungen, die vor Inkrafttreten des Gesetzes dem für Inneres zuständigen Ministerium zugegangen sind, werden zum Zeitpunkt des Inkrafttretens wirksam.

§ 18

Vorübergehende Wahrnehmung der Aufgaben des Verwaltungsrates

Bis zur vollständigen Bestellung des Verwaltungsrates werden die Aufgaben des Verwaltungsrates von der Aufsichtsbehörde wahrgenommen. Sie lädt umgehend nach Inkrafttreten des Gesetzes zur konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrates ein.

§ 19

Inkrafttreten, Berichtspflicht

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Die Landesregierung berichtet dem Landtag bis zum 31. Dezember 2021 über die Erfahrungen mit diesem Gesetz.

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Die Ministerpräsidentin

Die Ministerin
für Schule und Weiterbildung

Der Finanzminister
zugleich für den Minister
für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk

Der Minister
für Inneres und Kommunales

Fußnoten :

Fn 1 In Kraft getreten am 5. November 2016 (**GV. NRW. S. 862**).

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0195/2017

Virtuelles Museum der verlorenen Heimat Erkelenz**Beratungsfolge:**

17.10.2017	Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus
07.11.2017	Kreisausschuss

Finanzielle Auswirkungen:

6.500,00 €

Leitbildrelevanz:

3.9

Inklusionsrelevanz:

ja

In der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus am 18.05.2017 wurde berichtet, dass für das Projekt „Heimat im Wandel - virtuelle Präsentation der Erkelenzer Umsiedlungsorte“ durch den Kreis Heinsberg ein Förderantrag im Rahmen der regionalen Kulturförderung des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) gestellt wurde und für das Förderjahr 2017 eine Förderung in Höhe von 50.000,00 € bewilligt wurde. Der Heimatverein Erkelenzer Lande e.V. beantragt nunmehr folgende Förderungen durch den Kreis Heinsberg:

1. Mit Schreiben vom 30.06.2017 beantragt der Heimatverein der Erkelenzer Lande e.V., das im Aufbau befindliche „Virtuelle Museum der verlorenen Heimat Erkelenz“ zukünftig durch den Kreis Heinsberg durch einen jährlichen Betriebskostenzuschuss zu fördern.
2. Mit einem weiteren Antrag vom 22.08.2017 beantragt der Heimatverein der Erkelenz e.V. neben der Bewilligung eines Betriebskostenzuschusses unter Verweis auf die anfallenden Kosten einen einmaligen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 5.000,00 €.

Seit dem Jahr 2005 erfolgt die Gewährung von Zuschüssen an museale Einrichtungen im Kreis Heinsberg auf der Grundlage der in der Sitzung des Kreisausschusses am 23.06.2005 beschlossenen Museumskonzeption.

Zum Erhalt der durch den Braunkohletagebau unwiederbringlich verlorenen Kulturgüter errichtet der Heimatverein derzeit ein „Virtuelles Museum der verlorenen Heimat Erkelenz“. Neben Baudenkmalern, die wegen der Energiepolitik umsiedlungsbedingt nicht bewahrt werden können, sollen, so der Heimatverein der Erkelenzer Lande e.V., auch andere Kulturgüter wie Sprache, Vereine und gesellschaftliche Bindungen gesichert werden. Durch die Umsiedlung gehen viele erhaltenswerte Beziehungen verloren. Das Erkelenzer Land verfügt über Kulturschätze, die es gelte, der Nachwelt zu erhalten oder zumindest zu dokumentieren. Verwiesen wird z. B. auf den über 7.300 Jahre alten, größten jungsteinzeitlichen Holzbrunnen, der bei Erkelenz-Kückhoven vor über 20 Jahren gefunden wurde. Aber auch an anderen Stellen gebe es Werte, die teilweise einzigartig seien, zur regionalen Identifikation beitragen oder sogar unwiederbringlich seien.

Das Museum beabsichtigt, im ersten Schritt die aktuell „verlorene Heimat“ mit den Orten Berverath, Keyenberg, Kuckum und Unter- und Oberwestrich, Borschemich, Immerath, Lützerath und Pesch zu bearbeiten. Ziel sei es, darüber hinaus alle Erkelenzer Ortsteile einschließlich der Stadt Erkelenz im virtuellen Museum darzustellen.

Kreiskustodin Dr. Müllejans-Dickmann wurde aufgrund des vorliegenden Antrages gebeten, das „Virtuelle Museum der verlorenen Heimat Erkelenz“ museumsfachlich zu bewerten. Ihre Ausführungen werden wie folgt zusammengefasst:

Das Konzept eines virtuellen Museums sei in der Museologie nicht neu, nehme jedoch in der Museumskonzeption des Kreises Heinsberg ein Alleinstellungsmerkmal ein. Der Heimatverein Erkelenz erarbeite mit klar umrissener inhaltlicher Konzeption die virtuelle Museumsstruktur und die digitalen Inhalte, um die Kulturgüter vor dem Vergessen zu bewahren, die dem Braunkohletagebau unwiederbringlich zum Opfer fallen. Die technische Struktur des virtuellen Museums sei langfristig, sicher und zukunftsorientiert angelegt. Die inhaltlichen Recherchen würden unter wissenschaftlicher Begleitung vorgenommen. Didaktisch würden generationenübergreifend alle Zielgruppen angesprochen.

Unter Würdigung der museumsfachlichen Kriterien erreicht das „Virtuelle Museum der verlorenen Heimat Erkelenz“ 84 Punkte (vgl. Anlage zur Einladung des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus).

Als besonders wichtiges Kriterium für die Gewährung von Betriebskostenzuschüssen für museale Einrichtungen durch den Kreis sieht die Museumskonzeption die finanzielle Unterstützung durch die jeweilige Stadt/Gemeinde vor. Ein entsprechender Antrag des Heimatvereins der Erkelenzer Lande e.V. sei, so der Heimatverein, bei der Stadt Erkelenz gestellt; eine Entscheidung steht noch aus.

Neben der Bewilligung eines Betriebskostenzuschusses beantragt der Heimatverein der Erkelenzer Lande e.V. unter Verweis auf die anfallenden Kosten einen einmaligen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 5.000,00 €.

Die kalkulierten Kosten für den Aufbau der Internetplattform in den Jahren 2017 und 2018 belaufen sich nach Auskunft des Heimatvereins auf insgesamt 216.000,00 €. Durch Zuwendungen der Kreissparkasse und weiterer Unternehmen (30.000,00 €) und des Landschaftsverbandes Rheinland (50.000,00 €) sowie aufgrund ehrenamtlicher Leistungen (60.000,00 €) ist die Finanzierung derzeit in Höhe von 140.000,00 € gesichert. Es sei beabsichtigt, bei der Sparkassen-Kulturstiftung und der NRW-Stiftung weitere Fördergelder zu beantragen.

Auf der Grundlage der Museumskonzeption, Stand 2015, können musealen Einrichtungen Investitionskostenzuschüsse bei einer gesicherten Gesamtfinanzierung der Maßnahme einmalig gewährt werden, wenn die Voraussetzungen für die jährlichen Betriebskostenzuschüsse erfüllt sind. Somit könnte dem „Virtuellen Museum der verlorenen Heimat Erkelenz“ dem Grunde nach ein Investitionskostenzuschuss gewährt werden, wenn die Stadt Erkelenz die museale Einrichtung ebenfalls finanziell unterstützen würde.

Beschlussvorschlag:

Vorbehaltlich einer finanziellen Unterstützung des „Virtuellen Museums der verlorenen Heimat Erkelenz“ durch die Stadt Erkelenz wird

1. auf der Grundlage der im Jahr 2015 beschlossenen Museumskonzeption und der entsprechenden Aktualisierung dem „Virtuellen Museum der verlorenen Heimat“ im Jahr 2017 ein Betriebskostenzuschuss in Höhe von 1.500,00 € gewährt.
2. der musealen Einrichtung „Virtuelles Museum der verlorenen Heimat“ ein einmaliger Investitionskostenzuschuss in Höhe von 5.000,00 € gewährt.

Haushaltsmittel stehen unter Abrechnungsobjekt 04010100 zur Verfügung.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0193/2017

Durchführung des Landesprogramms "KulturRucksack NRW" im Jahr 2018**Beratungsfolge:**

17.10.2017	Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus
07.11.2017	Kreisausschuss

Finanzielle Auswirkungen:

13.700,00 €

Leitbildrelevanz:

3.9

Inklusionsrelevanz:

ja

Seit dem Jahr 2013 beteiligt sich der Kreis Heinsberg auf der Grundlage des Beschlusses des Kreisausschusses vom 13.12.2012 am Landesprogramm „KulturRucksack NRW“. Dieses seinerzeit vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (MFKJKS) – jetzt Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen – aufgelegte Landesprogramm soll jungen Menschen im Alter von 10 bis 14 Jahren zugutekommen. Das Land stellt den Kommunen, die sich an diesem Programm beteiligen, jährlich einen Betrag in Höhe von 4,40 € pro Kind/Jugendlichen zur Verfügung. Mit Erlass vom 25.01.2017 hat das Ministerium mitgeteilt, dass davon ausgegangen werde, dass „die Kommune/der Verbund zur Durchführung des Programms „KulturRucksack NRW“ einen angemessenen Eigenanteil erbringt“. Für das Jahr 2017 wurden dem Kreis Heinsberg pauschale Landesmittel in Höhe von 55.369,60 € im Rahmen des Förderprogramms „KulturRucksack NRW“ zur Verfügung gestellt; zusätzlich standen im Haushalt Kreismittel zur Umsetzung dieses Landesprogramms in Höhe von 14.000,00 € bereit. Aufgrund der angemeldeten Projekte werden in diesem Jahr voraussichtlich ca. 570 Kinder und Jugendliche an dem Landesprogramm teilnehmen. Es wurden seitens des Kreises insgesamt 40 kreative Projekte aus verschiedenen Bereichen, z. B. Mal- und Graffiti-Projekte, Theater- und Literaturprojekte, Zirkus und Tanz, mit einem Gesamtfinanzvolumen in Höhe von ca. 61.883,00 € bewilligt. Da das Landesprogramm sehr gut angenommen wird und geeignet ist, Kinder und Jugendliche für die Kultur zu begeistern, schlägt die Verwaltung vor, das Projekt vorbehaltlich einer Zuwendung entsprechender Mittel durch das Land auch im Jahr 2018 fortzuführen. Finanzmittel in Höhe von 68.700,00 € (voraussichtliche Landesförderung in Höhe von 55.000,00 € (80 %) und Anteil des Kreises in Höhe von 13.700,00 € (20 %)) sind im Entwurf des Haushalts 2018 eingeplant.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Heinsberg beteiligt sich unter dem Vorbehalt einer Förderung durch das Land im Jahr 2018 am Landesprogramm „KulturRucksack NRW“. Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit den kreisangehörigen Kommunen Kulturprojekte zu realisieren.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0198/2017

Zuschuss für die Mittagsverpflegung an den Förderverein der Janusz-Korczak-Schule des Kreises Heinsberg, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt "Emotionale und soziale Entwicklung"

Beratungsfolge:	
19.10.2017	Schulausschuss
07.11.2017	Kreisausschuss
Finanzielle Auswirkungen:	
	2.000,00 €
Leitbildrelevanz:	
	3.9
Inklusionsrelevanz:	
	ja

Die Janusz-Korczak-Schule, Förderschule des Kreises Heinsberg mit dem Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“, stellt seit dem Schuljahr 2007/2008 für Schüler/innen der Sekundarstufe I in den Nachmittagsstunden außerhalb des Unterrichts Betreuungsangebote bereit. Diese Maßnahmen werden aus Mitteln des Landesprogramms „Geld oder Stelle – Sekundarstufe I; Zuwendungen zur pädagogischen Übermittagsbetreuung/Ganztagsangebote“ gefördert. Gegenstand der Förderung sind Personalmaßnahmen zur pädagogischen Betreuung und Aufsicht in der Mittagspause für alle Schüler/innen der Sekundarstufe I mit Nachmittagsunterricht sowie zur Durchführung von außerunterrichtlichen Ganztagsangeboten durch Träger aus Jugendhilfe, Kultur, Sport und weitere außerschulische Partner. Träger der Betreuungsmaßnahmen der Janusz-Korczak-Schule ist der Förderverein, der im Rahmen eines Kooperationsvertrages die Ev. Kirchengemeinde Geilenkirchen mit der Durchführung der Betreuungsmaßnahmen betraut. Eine Gruppe von max. acht Schülerinnen und Schülern hat an drei Tagen in der Woche die Möglichkeit zur Teilnahme an der Nachmittagsbetreuung, die in der Offenen Jugendeinrichtung „Zille“ sowie in den Räumen der Ev. Kirchengemeinde in Geilenkirchen stattfindet und von einer Sozialpädagogin geleitet wird.

Den an den Betreuungsmaßnahmen teilnehmenden Schülerinnen und Schülern wird gegen Zahlung eines Kostenbeitrages in Höhe von 2,50 € je Mahlzeit die Gelegenheit zu einem Mittagessen gegeben. Die Schule hat dargelegt, dass dieses Angebot, dem ein hoher pädagogischer Stellenwert zukomme, von den Schülerinnen und Schülern gerne angenommen werde, jedoch die meisten Eltern nicht zur Zahlung des Kostenbeitrages bereit oder in der Lage seien. Bereits im Jahr 2009 hatte der Schulleiter um eine finanzielle Unterstützung in Höhe von jährlich 2.000,00 € gebeten, damit die Übermittags- und Nachmittagsbetreuung dauerhaft gewährleistet werden könne, da die finanziellen Möglichkeiten des Fördervereins erschöpft seien.

Auf Vorschlag des Schulausschusses hat der Kreisausschuss in den Jahren 2009 - 2016 jeweils für die Folgehaushaltsjahre beschlossen, dem Förderverein der Schule pauschal einen Zuschuss in Höhe von maximal 2.000,00 € zweckgebunden für die Mittagsverpflegung zur Verfügung zu stellen, um den an den Betreuungsmaßnahmen teilnehmenden Schülerinnen und Schülern eine Mahlzeit in der Schule zu ermöglichen.

Mit Schreiben vom 30.08.2017 hat der Schulleiter der Janusz-Korczak-Schule darum gebeten, dem Förderverein der Janusz-Korczak-Schule auch im Jahr 2018 eine finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen und darauf verwiesen, dass das Betreuungsangebot von den Schülerinnen und Schülern nach wie vor sehr gut angenommen werde. Vorsorglich wurde ein Betrag in Höhe von 2.000,00 € in die Haushaltsplanung für das Jahr 2018 eingebracht.

Beschlussvorschlag:

Zur Unterstützung der Übermittags- und Nachmittagsbetreuung der Janusz-Korczak-Schule des Kreises Heinsberg, Sekundarstufe I, wird dem Förderverein der Schule pauschal ein Zuschuss von max. 2.000,00 € für das Haushaltsjahr 2018 zweckgebunden für die Mittagsverpflegung der Schüler/innen zur Verfügung gestellt.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0232/2017

Präsentation von Dokumentarfilmen an besonderen Orten - "Docfest on Tour"**Beratungsfolge:**

17.10.2017	Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus
07.11.2017	Kreisausschuss

Finanzielle Auswirkungen:

1.000,00 €

Leitbildrelevanz:

3.9

Inklusionsrelevanz:

ja

Das Projekt „Docfest on Tour“ wird im laufenden Jahr 2017 erstmals durch die regionale Kulturpolitik (Zweckverband Region Aachen) gefördert. Das Projekt zielt darauf ab, Dokumentarfilme an außergewöhnlichen Orten zu zeigen, die thematisch zu den Filmen passen. Der Projektmanager, Michael Chauvistré, beabsichtigt, das Projekt in weiteren Kreisen zu installieren. Diesbezüglich sei er mit dem Kreis Euskirchen im Gespräch und hat sich ebenfalls an den Kreis Heinsberg gewandt, um diesen als Projektpartner zu gewinnen. Denkbar sei, das „Docfest on Tour“ im Loksuppen der Selfkantbahn durchzuführen. In einem Beiprogramm könnten kurze Filme in einem fahrenden Eisenbahnwagen laufen. Auch weitere museale Einrichtungen (z. B. Besucherbergwerk Sophia-Jacoba „Schacht 3“ Hückelhoven, Korbmachermuseum Hückelhoven) oder eine besondere Industriearchitektur würden sich als Orte für das Projekt „Docfest on Tour“ eignen.

Projektmanager Chauvistré hat dem Vorsitzenden der Interessengemeinschaft Historischer Schienenverkehr sowie dem Geschäftsführer der Touristenbahnen im Rheinland GmbH das Projekt vorgestellt. Diese seien an einer Kooperation interessiert und könnten sich ein „Docfest on Tour auf der Selfkantbahn“ vorstellen. Die Kostenkalkulation der Veranstaltung liegt bei ca. 3.000,00 €.

Die Förderung der regionalen Kulturpolitik beträgt 50 %. Um das Projekt im Kreis Heinsberg realisieren zu können, beantragt Projektmanager Chauvistré eine finanzielle Beteiligung des Kreises in Höhe von 1.000,00 € im Jahr 2018.

Die Verwaltung hält diese Art einer dokumentarischen Filmkultur für unterstützungswürdig. Es wäre ein für den Kreis Heinsberg neuer Schritt zur Vermittlung von Kultur.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Heinsberg beteiligt sich im Jahr 2018 mit einem Betrag in Höhe von 1.000,00 € an dem Projekt „Docfest on Tour auf der Selfkantbahn“.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0238/2017

Beteiligung am Regionalen Kinder- und Jugendkulturprojekt 2020

Beratungsfolge:	
17.10.2017	Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus
07.11.2017	Kreisausschuss
Finanzielle Auswirkungen:	1.000,00 € im Jahr 2018; Folgejahre noch ungewiss
Leitbildrelevanz:	3.9
Inklusionsrelevanz:	ja

Unter der Regie des Zweckverbandes Region Aachen ist beabsichtigt, im Jahre 2020 ein Kinder- und Jugendkulturfestival in der Region Aachen durchzuführen. Es trägt den Arbeitstitel „Rampenfieber“. Bei diesem Projekt handelt es sich um eine Fortführung und Ausweitung des Projektes der Schultheatertage, an dem sich der Kreis Heinsberg erstmalig im Jahre 2018 ebenfalls beteiligen wird. Die Region Aachen hat am 08.09.2017 die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg sowie die Städteregion und die Stadt Aachen zu einem gesamtregionalen Abstimmungsgespräch eingeladen, in dem auch ein erster Konzeptentwurf vorgestellt und erörtert wurde.

Der folgende zeitliche Ablauf ist vorgesehen:

- September 2017 Vorlage eines konzeptionellen Förderantrages mit einer Projektskizze beim Regionalen Kulturausschuss, Vervollständigung des Antrages bis November 2017
- 2018 „Arbeitsjahr“
- 2019 „Prozessjahr“
- 2020 „Festivaljahr“

Bei dem Projekt „Rampenfieber“ soll weit über das Thema der Schultheatertage hinaus das regional vorhandene Potenzial umfassend abgebildet und konzeptionell eingebunden werden. Die Schultheatertage sollen um die Bereiche Tanz, Musik, bildende Kunst sowie Film, Medien und Literatur erweitert werden. Das Festival soll dezentral stattfinden, sodass jede Region für einen bestimmten künstlerischen oder kulturellen Schwerpunkt steht. Die Kinder und Jugendlichen, Schülerinnen und Schüler sollen bewusst zu den einzelnen Projekten reisen, um nicht nur die Projekte, sondern auch die Veranstaltungsorte zu besuchen. Denkbar wäre für Heinsberg z. B. der Schwerpunkt Musik.

Die Komplexität einer solchen Veranstaltung bedarf einer umfangreichen Vorbereitung, daher ist folgende Organisationsstruktur vorgesehen:

- Steuerungsgruppe:
Projektleitung, Vertreter des Zweckverbandes, Vertreter aus den fünf beteiligten Kreisen,

- evtl. Vertreter der Regionalen Bildungsbüros
- Künstlerische Steuerungsgruppe:
Projektleitung, fachliche Experten aus den fünf Kreisen mit den jeweils abgebildeten Themenbereichen
- Beirat bzw. Jury mit Fachleuten, Schirmherrschaft und Botschafter in Politik und Öffentlichkeit

Seitens des Zweckverbandes konnten noch keine Angaben über die voraussichtlichen Gesamtkosten gemacht werden. Für das Jahr 2018 werden Kosten in Höhe von ca. 12.000,00 € prognostiziert. Auf den Kreis Heinsberg würde ein Kostenanteil von 1.000,00 € entfallen.

Das Projekt wird seitens der Verwaltung für wertvoll und unterstützungswürdig gehalten. Landrat Pusch hat sich grundsätzlich bereit erklärt, die Schirmherrschaft für den Kreis Heinsberg zu übernehmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Heinsberg beteiligt sich an dem Regionalen Kinder- und Jugendkulturprojekt 2020 und stellt hierfür im Jahr 2018 Haushaltsmittel in Höhe von 1.000,00 € bereit.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0266/2017

Errichtung eines Bildungsgangs "Zweijährige Berufsfachschule berufliche Kenntnisse und Fachhochschulreife" am Berufskolleg Ernährung, Sozialwesen, Technik des Kreises Heinsberg in Geilenkirchen

Beratungsfolge:	
19.10.2017	Schulausschuss
07.11.2017	Kreisausschuss
Finanzielle Auswirkungen:	
	ca. 2.000,00 €
Leitbildrelevanz:	
	3.9
Inklusionsrelevanz:	
	ja

Am Berufskolleg Ernährung, Sozialwesen, Technik in Geilenkirchen soll zum Schuljahr 2018/2019 der Bildungsgang „Zweijährige Berufsfachschule berufliche Kenntnisse und Fachhochschulreife; Fachrichtung Bau- und Holztechnik – Bautechnik“ errichtet werden. Dieser Bildungsgang bietet Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, die Fachhochschulreife zu erlangen und soll die bisher am Berufskolleg Ernährung, Sozialwesen, Technik in Geilenkirchen geführte Fachoberschule Bautechnik, Klassen 11 und 12, mittelfristig ersetzen. In Gesprächen der Schulleitung mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH und einigen Betrieben aus der Bauwirtschaft ist deutlich geworden, dass den Betrieben geeignete Bewerbungen für die angebotenen Ausbildungsplätze vorliegen. Ebenso dient der Bildungsgang der Attraktivitätssteigerung der Ausbildungsberufe für junge Frauen, da die derzeitige Fachoberschule für Bautechnik bei Schülerinnen und Schülern durch das einjährige Praktikum auf Baustellen an Grenzen stößt.

Die äußeren und inneren Ressourcen am Berufskolleg Ernährung, Sozialwesen, Technik in Geilenkirchen ermöglichen die Einführung des Bildungsgangs ohne Einschränkungen. Die notwendigen Lehrkräfte mit entsprechender Qualifikation sind bereits am Berufskolleg vorhanden. Die obere Schulaufsichtsbehörde, Bezirksregierung Köln, unterstützt die Errichtung des Bildungsgangs.

Der Bedürfnisnachweis der Agentur für Arbeit Aachen-Düren wurde eingeholt. Die benachbarten Schulträger (Kreis Düren, Rhein-Kreis Neuss, Kreis Viersen sowie Städteregion Aachen und Stadt Mönchengladbach) wurden im Rahmen der regionalen Abstimmung um die Abgabe von Stellungnahmen gebeten. In der Sitzung des Schulausschusses wurde über die Ergebnisse informiert.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigung zur Errichtung des Bildungsgangs „Zweijährige Berufsfachschule berufliche Kenntnisse und Fachhochschulreife; Fachrichtung

Bau- und Holztechnik – Bautechnik“ am Berufskolleg Ernährung, Sozialwesen, Technik des Kreises Heinsberg in Geilenkirchen zum Schuljahr 2018/2019 bei der oberen Schulaufsicht, Bezirksregierung Köln, einzuholen.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0242/2017/1

Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 15.08.2017 nach § 5 GeschäftsO: Öffentlichkeitskampagne durch die WestVerkehr GmbH in alle Schulen der Sekundarstufe I und II im Kreis HS sowie in den kreiseigenen Schulen für das AVV-Funticket

Beratungsfolge:

11.10.2017 Ausschuss für Umwelt und Verkehr

07.11.2017 Kreisausschuss

Mit Schreiben vom 15.08.2017 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Herrn Franz-Michael Jansen, beantragt die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN nach § 5 der Geschäftsordnung, der Fachausschuss möge dem Kreisausschuss empfehlen, die WestVerkehr GmbH zu beauftragen, in allen Schulen des Kreisgebietes der Sekundarstufe I und II sowie in den kreiseigenen Schulen (Berufskollegs) eine intensive Öffentlichkeitskampagne für das Funticket zu starten. Diese Maßnahme soll zusätzlich dem regionalen Beirat des AVV zur Beratung und Beschlussvorlage zugeleitet werden. Der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wurde der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr als Anlage beigelegt.

Nach kurzer Erörterung besteht im Ausschuss für Umwelt und Verkehr Einvernehmen, den v. g. Antrag zu unterstützen. Nach Kenntnis des Fachausschusses habe man in anderen Kreisen des AVV-Verbundgebietes mit diesem Ticket für Schülerinnen und Schüler überwiegend positive Erfahrungen gemacht. Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr empfiehlt daher dem Kreisausschuss, dem Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN auf Durchführung einer Öffentlichkeitskampagne für das vom AVV angebotene Funticket in den Schulen des Kreisgebietes durch die WestVerkehr GmbH zuzustimmen.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0267/2017/1

Antrag gemäß § 5 Geschäftsordnung der FDP-Fraktion zur digitalen Ausstattung und Nutzung der Schulen in der Trägerschaft des Kreises Heinsberg

Beratungsfolge:

19.10.2017	Schulausschuss
07.11.2017	Kreisausschuss

Auf den der Einladung zur Schulausschusssitzung als Anlage beigefügten Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 02.10.2017 wird verwiesen.

In der Sitzung des Schulausschusses erläutert Ausschussmitglied Heim den Antrag. Klarstellend weist sie darauf hin, dass der Antrag nicht darauf abziele, eine Hardware-Ausstattung der Schüler/innen zu gewährleisten, sondern eine entsprechende Ausstattung der Schule. Sie ergänzt den vorliegenden Antrag mündlich sowie per E-Mail vom 20.10.2017 um folgende Fragen:

- Wird die gestellte Infrastruktur genutzt?
- Welche Infrastruktur wird nicht genutzt?
- Warum wird sie nicht genutzt?
- Welche Infrastruktur fehlt?
- Existiert ein Lehrer-WLAN?

Ausschussmitglied Thies befürwortet eine systematische Erhebung. Ausschussmitglied van den Dolder gibt zu bedenken, dass die bloße Verbesserung der digitalen Infrastruktur keinen Einfluss auf die Medienkompetenz an den Schulen habe.

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag der FDP-Fraktion wird zugestimmt.